

laffung geben.
Geschäftsstelle
in Berlin 18, 25,
die betreffenden
Nummer nach.

W Mord wurde
er schon wieder
Dresden zum
Sieg, eine Ver-
und ihrer Er-

hätte bei 88,3
den gewählt 4
1, 1 Landwirt,
Unabhängige
AnhängerInnen
Bürgernschaften der

herlichem Zuge
rdswalde ihre
ich geschmückte
n halte, wurde
Anzahl Reiter,
die Pferde be-

glichen ereignete
naberg. Ein
Mitternacht vom
strafe benutzt.
dallen. Gegen
gegen einen
nd Herren aus
und 1 junger

ste in Naunhof -

Angebot!

mer Erna
bestehend aus:
rank ... 180 em breit
mit Stahlr.
cken ...
agen mit K.
mode m. Sp.
n Marmor ...
ake mit Apo-
Marmor ...
Stühle ...
alter ...
17500.-

ner Käthe
lt oval. Gl.
ede m. or. Gl.
ie oben,
es Modell
8800.-
errat reicht!

Hirsch
er Strasse 6

Runkell

Nr. verkauft
Schloßmühle

hkaufe!
Waren bei
ortnahmehaf

passend
den.

offen!

Mänteln.

in

en?

ch

str. 53.

guterholtene

naschen

angebote um.
Ego. dts. Bl.

Rintorf

owanz gefühl)

ausen.

Waldstraße.

e Kette

nger Sonntag
Str. Langest.
ig. Langest. 51

. billig Buch-
inz & Bude.

Mitteilungen für Naunhof und Umgegend

(Albrechtsheim, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Ponthen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—.
durch die Post bezogenen einfach der Postgebühren Mk. 75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Säulenzeitung 60 Pf., ausserdem 75 Pf. Amts-
licher Teil Mk. 1,20. Reklamezeitung Mk. 1,20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Ercheinungstages,
geht es noch früher. — Alle Anzeigen-Bermittlungen nehmen Ausdräge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Beruf: Amt Naunhof Nr. 2

Nummer 27

Freitag, den 4. März 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Rohbraunkohle markenfrei!

Zur Förderung des Abbaus der Rohbraunkohle (Förderkohle, Füllkohle, Ankerkohle) wird diese auf Ermäßigung des Landeskohlenamtes bis auf weiteres bezugsfrei- und markenfrei aus den Werken des hiesigen Bezirks abgegeben; auch die bisher von der Bezirkskohlenstelle ausgestellten Besförderungsausweise sind nicht mehr erforderlich.

Grimma, 1. März 1921.

Ko. 140.

Die Amtshauptmannschaft.

— Bezirkskohlenstelle Grimma-Land. —

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung

Montag, den 7. und Dienstag, den 8. März d. J.

geschlossen.

Dringliche Sachen und Standesamtssäle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.

Naunhof, am 2. März 1921. Der Bürgermeister.

Die neuen Hausbrandkohlenkarten werden von

Freitag, den 4. d. M. ab im Rathaus, Meldeamt

Zimmer 11 ausgegeben.

Naunhof, am 2. März 1921. Der Bürgermeister.

Sonnabend, den 5. März d. J., nachmittags
1—4 Uhr wird im Schrägboden Grundstück Bahnhofstr. 18
1 Zentner Brutt zum Preise von 17 Mk. auf sämliche
Hausbrandkohlenkarten durch Anbringung eines blauen Striches
auf der Stammleiste abgegeben.

Naunhof, am 2. März 1921. Der Bürgermeister.

Die Staatsgrundsätze wird im Rechnungsjahr 1920
(1. April 1920—31. März 1921) mit insgesamt 20 Pf. von
jeder Steuerinheit erhoben. Demgemäß war am 1. Februar
1921 15 Pf. für jede Steuerinheit zu entrichten.

Der für das Rechnungsjahr 1920 nachzusorbernde Zufluss
ist bis längstens

den 12. d. M.

an die hiesige Stabssteuer-Einnahme abzuführen.

Naunhof, am 3. März 1921. Der Bürgermeister.

Präsidentenwechsel in Amerika

Präsident Wilson wird in wenigen Tagen das Weiße Haus in Washington verlassen müssen. Noch niemals in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten hat ein so ungemein stratosphärischer einem Mann erreicht, der sich während zweier Wahlperioden als das Oberhaupt dieser freien und stolzen Nation betrachten durfte, wie dieser Universitätsprofessor, der als eine Art neuer Heiland das Schicksal der Völker in seine Hand nehmen wollte und schließlich an seinem Starzinn, seiner Unbedeckbarkeit, seinem Gelehrtenbügel eben gescheitert ist — um schlimmere Eigenschaften, die ihm diesseits wie jenseits des Großen Wassers nachgesagt werden, in diesem Augenblick, da er sein Ränzel schnüren muss, nicht hinzuzufügen. Das Unrecht, das dieser Mann am deutschen Volke begangen hat, ist niemals wieder gut zu machen. Ihm persönlich haben zwar alle unabhängig denkenden Amerikaner verworfen. Für sie ist er ein toter Mann; und ob es geduldet werden wird, daß er seine frühere Tätigkeit als Hochschullehrer wieder aufnimmt, als wenn nichts geschehen wäre, seitdem er den Professor mit dem Präsidentenstuhl vertauscht hatte, das ist noch eine offene Frage. Die ganze Wucht seiner Verantwortung sollte ihn eben jetzt zu vernichten beginnen, wo er ihrer ledig geworden ist. Die Verderblichkeit der Wilson-Autoren wird jedenfalls das deutsche Volk niemals aus seinem Gedächtnis verlieren.

Als Herr Wilson das Präsidentenamt übernahm, stand er das Land in geheimer Aufsicht, fast ohne Schulden und ohne einen Feind in der Welt. Doch bei seinem Ausscheiden am 4. März ist das Bundeschahamt bankrott, eine ungeheure Kriegsschuld entstanden, das Volk uneinig und entzweit und ohne einen Freund unter allen Völkern.“ So wird die augenblickliche Lage der Vereinigten Staaten in deutsch-amerikanischen Blättern gezeichnet, die ja ungefähr wissen, wie es mit ihrem Lande steht. Die Zeitungen wissen sich des Aufturms von Entlastungsfundgebungen gegen diesen Mann kaum noch zu erwehren.

Und wenn drüber von Wiederaufmachung die Rede ist, so denkt man jetzt ungleich häusiger an die eigene Schuld, die durch Amerikas Teilnahme am Weltkrieg entstanden ist, als an die Lage, in die Deutschland durch den Vertrag von Versailles oder durch den Pariser Vertrag, wie man sich drüber in der Rückinnerung an Wilsons 14 Punkte, immer häuslicher ausdrückt, geraten ist. Und Herr Harding, der Nachfolger Wilsons, wird unablässig bestürzt, in Wort und Schrift, in gebundener und ungebundener Rede, mit der unseligen Erbschaft, die er vorfindet, so rasch und so gründlich wie nur möglich aufzuräumen. Aber werde es seinen wahren Frieden auf der Welt geben, auch nicht für das Volk von Nordamerika?

Aber der neue Präsident wird wohl die Lage, die ihn erwartet, weniger sentimental beurteilen. Er wird für seinen Vorgänger, der Öffentlichkeit gegenüber, nur Worte des Dankes und des Lobes finden, wie das halt so üblich

ist, wenn irgendein Regierungsspezial von einer Hand in eine andere übergeht. Er wird nicht leugnen, daß auch die Neue Welt sich in einer bedeutsamen Wirtschaftskrise befindet, und daß die Erde, im ganzen genommen, gegenwärtig einen sehr unerträlichen Anblick darbietet. Aber es wird ihm nicht im Traume einfallen, für dieses Zustand der Dinge etwa die Wilson-Politik verantwortlich zu machen oder auch nur der Nachkriegspolitik der Entente eine schlechte Fazit auszuholen. Wie weit er überhaupt gesonnen ist, neue Wege einzuschlagen, und wie weit, falls er es wirklich tun wollte, die in Amerika wirklich regierenden Mächte ihm erlauben würden, es zu tun, davon kann man sich heute noch gar keine Vorstellung machen. Das Kabinett, das er gebildet hat, um am 4. März die Regel der Regierung ergreifen zu können, bleibt seinerlei Rechtfertigung für irgendwelche besonderen Hoffnungen; es umfaßt einen Kreis von Amerikanern, selbstverständlich, die keine andern als amerikanische Interessen vertreten werden, und denen die europäischen Fragen durchaus nicht an erster Stelle stehen. Sie werden manches anders machen, als die VertreterInnen des Herrn Wilson es gemacht haben, dabei aber keinen Augenblick vergessen, daß sie berufen sind, ihr eigenes Land in Ordnung zu bringen. Für Weltbegüßungspläne nach Art Wilsons werden sie nicht zu haben sein.

Doch dürfen wir eines immerhin feststellen: Werden sie die deutsche Frage anders ansehen und ansinnen als ihre Vorgänger, so werden sie auch die andern europäischen Fragen, an denen unsere europäischen Gegner in erster Reihe beteiligt sind, nicht in dem Maße als eigene Angelegenheiten behandeln, wie es unter Wilson geschehen ist. Den Augen der Ententeautoren stehen sie wesentlich lässiger gegenüber, als es Engländer und Franzosen lieb ist, eine Tatsache, die in den bevorstehenden kritischen Tagen von London vielleicht schon einigermaßen zu unsern Gunsten ins Gewicht fallen wird.

Konferenzbeginn in London.

Eine englische Note.

Am Dienstag vormittag haben in London die Befreiungen der deutschen Delegation unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Simons mit den Vertretern der Entente begonnen. Vorher stand im St. James-Palast ein Empfang durch den König von England statt. Zu dem Konferenzbeginn veröffentlicht die englische Regierung folgende Note:

In Folge der Unterhaltungen, die zwischen den Befreiern und dem britischen Außenminister stattgefunden, und der wichtigen Informationen, die Lloyd George durch den englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Aberville, über die Lage in Deutschland gegeben wurden, wird die Haltung der Alliierten bei der Konferenz sehr fest sein. Lloyd George und Briand haben beschlossen, sehr energisch die Zahlung der Wiedergutmachungen seitens Deutschlands zu fordern. Obgleich sie geneigt sind, die Argumente und Vorschläge des Ministers Simons anzuhören, wird keiner von ihnen auf Grund der Informationen, die sie besitzen, wichtige Konzessionen an die Deutschen machen.

Interessant ist die Haltung der Londoner Presse. Während die "Daily Mail" die Ankunft der Deutschen mit einer ganzen Nummer begrüßt und dazu sogar das einzige Amtskabinettprogramm des Grafen Roon im Herrenhaus ausgräbt, mahnt die "Daily News" dringend zur Vorsicht und zur Achtung vor den nackten Tatsachen. Der "Manchester Guardian" befürwortet zwar das Festhalten an den Pariser Summen, aber eine Minde rung oder ein Nachlassen der Fristen. Soviel die "Morning Post" wie die "Westminster Gazette" wenden sich gegen das Verfahren, schwierige Finanzfragen durch theologische Konferenzen lösen zu wollen, die sich inmitten einer erregten Öffentlichkeit abspielen. Die "Gazette" hebt auch die Törheit hervor, nur über die Zahlungsumform nicht über die Zahlungshöhe verhandeln zu wollen, da beide voneinander abhängen. Gegenüber den französischen Strafbrotungen erklärt das Blatt, daß der Geist alter Nachbarschaft wiederkehren müsse. Nicht nur der Krieg selbst sondern auch der Krieg nach dem Kriege habe schon viel zu lange gedauert. Der Schaden, Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Deutschland selbst, findet in der ganzen Presse Beifall.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Handwerkerfragen im Reichstag.

Die Handwerker-Abgeordneten der bürgerlichen Parteien des Reichstages haben das lebhafte Bestreben, die Handwerkerfragen mehr als bisher in den Vordergrund des allgemeinen Interesses zu rücken. Sie fordern daher, daß in jeder Tagung mindestens ein Tag ausschließlich Handwerkerfragen gewidmet wird.

Auch Lubendorff demonstriert.

General Lubendorff erläutert aus München folgende Erklärung: „Im Zusammenhang mit dem bekannten Alarmruf der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" und des Reichstags Escherich bringen Münchener Zeitungen aus Berlin die Nachricht, Kapitän Escherich habe sich nicht nur an Herrn Stinnes, sondern auch an mich in Sachen eines Gutachtens gewandt. Herr Stinnes hat bereits die Tatsache als unwahr hingestellt. Ich erkläre gleichfalls, daß weder Kapitän Escherich noch irgendwer anderer in der Angelegenheit an mich herangetreten ist, auf die sich jener

Alarmruf und Erklärung des Reichstags Escherich nur irgendwie beziehen können. Ich bedaure die Vereinigung meines Namens, die nur allzu durchsichtige Zwecke verfolgt, und kann nur wünschen, daß Herr Stinnes und Herr Reichstag Escherich restlose Auflösung geben.“

Nota zur preußischen Regierungsbildung.

In einem längeren Zeitungsarikel tritt Nota für eine Verbreiterung der Koalition in Preußen durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei und dem Reich durch den Eintritt der Sozialdemokratie ein. Der Notaer Vertriebshaus, der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausschließt, ist nach Nota nicht für die Einigkeit geeignet. Die große Freude der Mehrheitssozialisten über das Wahlergebnis erklärt er für nicht gerechtfertigt. Die bisherige Koalition bildet eine zu schwache Regierungsbasis. Die Sozialistische Korrespondenz bemerkt zu diesen Ausführungen: „Die Beschlüsse aus den Parteiveranstaltungen lassen inzwischen erkennen, daß Nota sich leider in dieser Frage von der ganzen übrigen Partei getrennt hat. Vom Rhein bis nach Schlesien geben die einschlägigen Entschlüsse dagegen, jede Verbindung mit der Stinnes-Partei abzulehnen und wenn möglich die alte Koalition aufrecht zu erhalten; wenn nicht, den bürgerlichen Parteien die Bildung zu überlassen. Wir sind gewiß, daß auch die sozialdemokratische Fraktion so entscheiden wird.“

Drohender Einmarsch in Bayern?

Aus London wird gemeldet, daß Lloyd George und Briand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marcellus-Hoch grundsätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen der 1. April festgelegt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayerische Regierung weigern, die Einwohnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unverzüglich der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen.

In München muhten zwei französische Unteroffiziere, die mit Orden geschmückt ein Auto betreten, das sofort unter dem Druck der aufgeregten Menge verlassen. Die Menge verlangt die Entwaffnung der beiden Unteroffiziere. Der Schubpolizist gelang es, die Menge zu zerstreuen und die beiden Unteroffiziere unbelaßt ihren Quartieren zuzuführen.

noch 180 Kriegsgesangene in Frankreich.

Sieben deutsche Kriegsgesangene, die im französischen Gefangenengelager in Avignon zurückgehalten worden waren, sind in Mannheim eingetroffen und an der Brückeprise in Empfang genommen worden. Nach Mitteilungen der Justizbehörden befinden sich noch 180 Deutsche in Avignon in Gefangenschaft.

Sieben Kriegsverbrecher.

Waut Mitteilung des Generals Attorney im englischen Unterhause hat dieser dem Reichsgericht in Leipzig eine Entscheidung über den Prozeß der sieben der deutschen Regierung nominiert gemacht. Kriegsverbrecher überreicht. Es ist beobachtigt, den Prozeß in Leipzig stattfinden zu lassen. Er wird in etwa einem Monat beginnen. Es würden britische Vertreter anwesend sein, um den Verlauf des Prozesses zu verfolgen.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Vertreter der Mehrheitssozialisten vom Oberhafen und dem befreiten und unbefreiten Niederrhein haben in einer Konferenz in Düsseldorf zur Regierungsbildung in Preußen Sitzung genommen. Nach einem Reiter des Abgeordneten Lippert aus Essen wurde einstimmig beschlossen, eine Erweiterung der Koalition nach rechts abzulehnen. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum, sei vollständig in der Lage, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Deutsches Kriegsmaterial in Holland.

Der holländische Kriegsminister teilt mit, daß sich von dem in Holland seßhaften Kriegsmaterial fremder Mächte nur noch deutsches Material befindet, und zwar 46 000 Gewehre, 12 000 Karabiner, 2